



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600, 14/5200 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1220, 14/1321
Zuschrift 14/1138

- **Fortsetzung der Einzelberatung** der Haushaltsansätze in Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**2 Gesetz zur Regelung der Berufsanerkennung EU- und
Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen
Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen 11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324

Vorlage 14/1398

Stellungnahmen 14/1458, 14/1467, 14/1468, 14/1472, 14/1489, 14/1498,
14/1499 14/1531, 14/1532

Zuschriften 14/943, 14/944, 14/1301, 14/1146, 14/1133, 14/1139

Information 14/545

Ausschussprotokoll 14/496

- Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 10. Oktober 2007
- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschluss-
empfehlung an das Plenum

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ab, Art. 1 Nr. 1 ersatzlos zu streichen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 1 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 2 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 3 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 4 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen die von der SPD-Fraktion in ihrem Änderungsantrag vorgeschlagene Einfügung des Satzes „Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen“ ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen Ziffer 5 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4324 unter Berücksichtigung der zuvor angenommen Änderungsanträge an.

3 Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes und Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes

17

Vorlage 14/1291

– Anhörung des Ausschusses

Die Anhörung des AGS-Ausschusses zu der neuen Rechtsverordnung gemäß Vorlage 14/1291 ist erfolgt.

4 Gesetz zur Auflösung des Landesversicherungsamtes Nordrhein-Westfalen

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4987

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum am 7. November 2007 durchzuführen.

5 Schulden durch Energiekosten – Energiesparen muss allen möglich sein **20**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4474

6 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen – Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! **21**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz weiterzuleiten.

7 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW) **23**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Vorlage 14/1270

Stellungnahmen 14/1214, 14/1376, 14/1430, 14/1437, 14/1438, 14/1439,
14/1446, 14/1448, 14/1449

Ausschussprotokoll 14/489

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/4236 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

8 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4486 ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weiterzuleiten.

9 Kinderarmut bekämpfen – Kinderarmut verhindern 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4473

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4473 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

10 Die Regelschule ist der erste Förderort – Gemeinsamen Unterricht gewährleisten 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4860

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4860 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

11 Verschiedenes 33

4 Gesetz zur Auflösung des Landesversicherungsamtes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4987

– Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach der ersten Lesung im Plenum am 20. September 2007 ohne Debatte zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen worden.

Zur Begründung dieses Gesetzentwurfes berichtet **StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS)** wie folgt:

Der Gesetzentwurf sieht vor, das Landesversicherungsamt zum 1. Januar 2008 in das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu integrieren. Die Eigenständigkeit der Behörde wird damit aufgehoben. Rund 70 Beschäftigte des Landesversicherungsamtes werden dann Mitarbeiter/-innen des Ministeriums.

Diese Maßnahme ist im Zuge des Bürokratieabbaus und der Verschlankung der öffentlichen Verwaltungen systemgerecht. Wir haben die Auflösung der bisher staatlichen Arbeitsschutzverwaltung als Landessonderbehörde und ihre Integration in die Bezirksregierungen bereits zum 1. Januar 2007 vollzogen. Wir werden die Versorgungsverwaltung zum 1. Januar 2008 kommunalisieren; darüber wurde heute schon gesprochen. Es ist Philosophie, hier eine Verschlankung vorzunehmen.

Um es kurz zu machen: Große Teile des heutigen Landesversicherungsamtes waren bereits einmal im Beritt des Ministeriums. 1990 wurde dieser Bereich ausgegliedert. Wir nehmen jetzt eine Rückführung des Landesversicherungsamtes vor. Die Sozialversicherungsträger stehen der neuen Zuordnung grundsätzlich positiv gegenüber und halten die neue ordnungspolitische Struktur, wie wir sie vorschlagen, für die beste Lösung.

Wir erzielen nach der Integration folgende Effekte: allein sechs Stellen in der Zentralabteilung des Amtes werden zeitnah entbehrlich. Das ist eine hohe Synergie. Weitere Synergieeffekte werden wir prüfen. Entlassungen und betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben. Beschäftigte, deren Arbeitsbereiche durch die Integration wegfallen, werden vom sogenannten PEM, dem Personaleinsatzmanagement, an anderer Stelle in der Landesverwaltung neue Verwendung finden.

Werner Lohn (CDU) begrüßt namens seiner Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung, der genau in die politische Linie passe und einen weiteren Schritt zu weniger Bürokratie und schlankerer Verwaltung darstelle.

Ein Vergleich der Zahlen von 1990 und heute spreche eine eindeutige Sprache. Seinerzeit sei das Landesversicherungsamt gegründet worden, weil es 330 landes-

unmittelbare Versicherungen gegeben habe. Die Zahl der vom Landesversicherungsamt zu betreuenden Versicherungen und Institute habe sich mittlerweile auf 57 reduziert, sodass das Amt in seiner derzeitigen Form nicht mehr erforderlich sei und die Aufgaben vom MAGS wahrgenommen werden könnten. Über die vom Staatssekretär bereits beschriebenen Synergieeffekte hinaus gelte es zu bedenken, dass der Direktor des Landesversicherungsamtes wie der Bürgermeister einer Kleinstadt nach B 3 bezahlt werde, was künftig ebenso wie Mieten und Pachten weg falle.

Vorsitzender Günter Garbrecht setzt den Ausschuss davon in Kenntnis, dass zum Thema Landesversicherungsamt zahlreiche parlamentarische Vorgänge existierten. Dazu gehörten auch Dokumente über sehr leidenschaftliche Debatten zur Gründung des Landesversicherungsamtes und die damalige Ausgliederung aus dem Ministerium. Interessierte würden unter diesem Stichwort fündig und könnten zu erstaunlichen Ergebnissen kommen.

Davon ausgehend, dass die Aufgaben des Landesversicherungsamtes nicht in eine eigenständige Abteilung des MAGS überführt würden, und zugrunde legend, dass die Zuständigkeit für Rentenversicherung und Krankenversicherung im Ministerium verteilt sei, interessiere, wie diese Aufgaben zukünftig wahrgenommen werden sollten.

StS Prof Dr. Stefan Winter (MAGS) erklärt, die Aufgaben würden zunächst an die Zentralabteilung unter Verantwortung von Herrn Lauf geleitet, wo auch die Organisation des Hauses mitverantwortet werde, um dann zielgerichtet an die verschiedenen Fachabteilungen verteilt zu werden.

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum am 7. November 2007 durchzuführen.